

Rat lehnt Südtrasse mehrheitlich ab

DK

12.10.2007

Titelseite

Weitergehende Anträge zur B 212-Verhinderung chancenlos

Die vom Oberbürgermeister erhoffte Einstimmigkeit kam nicht zustande. Der Rat nahm die Beschlussvorlage, die nur die Südvariante ablehnt, bei sieben Enthaltungen und vier Nein-Stimmen an.

VON JENS T. SCHMIDT

DELMENHORST. Dass die Delmenhorster Politik die Vorstellungen der Landesplaner zur neuen B 212 ablehnt, wurde gestern in jeder Wortmeldung deutlich. Doch wie die Stadt sich am ehesten vor dem Verkehrsinfarkt schützen kann – darüber wurden sich die Mitglieder des Stadtrats gestern Abend in der Delmeburg nicht einig. Der Beschlussvorschlag wurde letztlich bei sieben

Enthaltungen (FDP-Fraktion, Mandalka, Dombrowe) sowie vier Nein-Stimmen (Grüne, Sassen und Suhrkamp) angenommen. Damit lehnt Delmenhorst ausdrücklich die Südvariante ab und fordert eine Verbindungsstraße zwischen einer Nordtrasse der neuen B 212 und der A 28. Ebenfalls in dieser Vorlage ausdrücklich erwähnt: Die Belastungen für Ganderkesee und die Forderung nach einer Lösung unter Moderation des Kommunalverbandes.

Oberbürgermeister Patrick de La Lanne verteidigte diesen Vorschlag, weil die Stadt nicht nur nein sagen könne, „sondern auch konstruktive Vorschläge machen“ müsse. Annette Schwarz (CDU) und Susanne Mittag (SPD) warben für Einstimmigkeit. „Unsere Krux ist doch, dass es immer heißt:

Delmenhorst ist sich nicht einig“, sagte Schwarz. Mittag ging noch weiter: „Wer dieser Vorlage nicht zustimmt und um Halbsätze diskutiert, spielt den Planern in Oldenburg und Bremen in die Hände.“

Das sah Uwe Dähne (FDP) ganz anders: „Diese Vorlage reicht nicht aus, um den Verkehrsinfarkt zu verhindern.“ Sein geänderter Antrag, wonach auf Bremer Gebiet zeitgleich zur B 212 eine Verbindung zwischen A 281 und A 1 in Bremen entstehen müsse, wurde jedoch abgelehnt.

Ebenfalls nicht erfolgreich: Der Antrag von Eva Sassen, der sich gegen Süd- und Nordtrasse wandte. Sie deutete an, dass Pläne für ein Gewerbegebiet im Stadtnorden der Grund dafür sein könnten, dass die Stadt die Bundesstraße nicht grundsätzlich ablehnt.